Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/322
13.12.2006

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

24. Sitzung (öffentlich)

13. Dezember 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Dringliche Anfrage 1

Wie hoch sind die derzeit für das Ziel-2-Gebiet für neue Bewilligungen noch zur Verfügung stehenden EFRE-Mittel und wie hat sich der Bewilligungsstand in den beiden letzten Quartalen 2006 entwickelt?

Der Beantwortung der Dringlichen Anfrage durch Ministerin Christa Thoben schließt sich eine Aussprache an.

2 Aktuelle Viertelstunde 2

Thema: **„Richtlinien des regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms“**

- Berichtsanforderung der SPD-Fraktion

Einem Bericht durch Ministerin Christa Thoben schließt sich eine Aussprache an.

Seite

3 Neue Perspektiven für NRW - Die Zukunftsenergie Geothermie weiterhin technologisch erschließen und wirtschaftlich nutzen 3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/695

Ausschussprotokoll 14/253

Stellungnahmen 14/557, 14/558 und 14/562

Nach kurzer Aussprache verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, das Thema am 17. Januar 2007 erneut - aber ohne abschließendes Votum - auf die Tagesordnung zu nehmen.

4 Das NRW Ziel-2-Programm 2007 - 2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd gestalten 5

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108

Vorlage 14/654

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2108 wird mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion abgelehnt.

5 Endlich echten Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt schaffen - Netze frei zugänglich machen! 6

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2491

Vorlagen 14/796 und 14/797

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2491 wird in der sich aus der Diskussion ergebenden geänderten Fassung mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Seite

6 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen 9

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496

Vorlage 14/728

Der Ausschuss führt zunächst eine Aussprache durch. In der sich anschließenden Abstimmung wird der Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3198 einstimmig angenommen und der Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/2496 für erledigt erklärt.

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Der Ausschuss verständigt sich darauf, in der kommenden Woche am Rande des Plenums im Kreise der Obleute die Planungen zu vertiefen. - Den formalen Beschluss wird der Ausschuss in seiner Sitzung am 17. Januar 2007 fassen.

8 Strukturpolitik für den Niederrhein 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2869

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden zu, das Thema in seiner Februar-Sitzung abschließend zu beraten. Zu diesem Zeitpunkt lägen auch die Voten der mitberatenden Ausschüsse vor.

9 Wo bleibt das internationale Leitbild der Landesregierung? 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2587

eine Vorlage wird erwartet

In Verbindung damit:

NRW.International GmbH: Struktur, Auftrag, Aufsicht

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag seines Ausschussvorsitzenden darauf, die offenen Fragen im Rahmen der Januar-Sitzung zu behandeln. Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2587 wird ohne Votum weitergeleitet.

10 Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts 19

Antrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2873

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2923

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion darauf, erst nach Vorlage eines Votums aus den mitberatenden Ausschüssen erneut zu diskutieren.

11 Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Nordrhein-Westfälische Wirtschaft bei der Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen unterstützen 19

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2579

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2579 wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

12 Leitentscheidung der Landesregierung zur Entwicklung der Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel 21

Vorlage 14/701

Die Leitentscheidung der Landesregierung wird dem Ausschuss schriftlich zur Verfügung gestellt. Das Thema wird für die Sitzung am 18. April 2007 erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Seite

13 Das Europäische Technologieinstitut nimmt 2008 seine Arbeit auf 23

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, das Thema mit dem schriftlichen Bericht des MIWFT sowie der Bundesratsdrucksache erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

14 Novelle des Gesetzes zur Landesentwicklung im Sinne einer weiteren Entwicklung des Einzelhandels 24

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag der Grünen-Fraktion darauf, zunächst alle relevanten schriftlichen Unterlagen - einschließlich der Stellungnahme der Spitzenverbände - abzuwarten. Das Thema soll gegebenenfalls erneut für eine Beratung im Ausschuss angemeldet werden.

15 Verschiedenes

Siehe Seite 24 des Diskussionsteils!

*****

China sei als Auslandsmarkt für Nordrhein-Westfalen in der Tat von großer Bedeutung, betont **Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD).** Entscheidend seien Wirtschaft und Wissenschaft. Diese deutliche Zielsetzung beinhalte der gemeinsame Antrag. Das Problem "Patente" müsse im Blick behalten werden. Nordrhein-Westfalen müsse sich positionieren. Seine Fraktion stimme dem gemeinsamen Antrag zu.

Reiner Priggen (GRÜNE) unterstreicht die Ausführungen seiner Vorredner. Besonders erfreulich sei die deutliche Betonung der Menschenrechtsfrage, die Erwähnung der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe des Landtags und das Stipendiatenprogramms. Um China als Markt komme Nordrhein-Westfalen nicht herum. Patentschutz sei ein allgemeines Phänomen im Wirtschaftsleben: Während die einen etwas dreister kopierten, gingen die anderen etwas technikorientierter vor. Vom Grundtenor positioniere sich der Antrag richtig. Deshalb stimme seine Fraktion zu.

In der sich anschließenden Abstimmung wird der **gemeinsame Antrag** der Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/3198 einstimmig **angenommen** und der **Antrag** der **Koalitionsfraktionen** Drucksache 14/2496 für **erledigt** erklärt.

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Der Landtag habe den Gesetzentwurf der Landesregierung nach der ersten Lesung an den hiesigen Ausschuss zur Federführung sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Bauen und Verkehr, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Kulturausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der hiesige Ausschuss berate heute erstmalig über den Antrag und solle sich auf das weitere Beratungsverfahren verständigen. Aufmerksam mache er als Vorsitzender darauf, dass gemäß Anlage 9 der Geschäftsordnung des Landtags ein Ausschuss bei einem Gesetzentwurf, der wesentliche Belange der Gemeinden und Gemeindeverbände berühre, den kommunalen Spitzenverbänden vor der Beschlussfassung Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben habe. Das gelte insbesondere bei solchen Vorlagen, die ganz oder teilweise von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auszuführen seien, ihre Finanzsituation unmittelbar beträfen oder auf ihre Verwaltungsorganisation einwirkten.

Der Ausschuss müsse entscheiden, in welcher Form er den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gebe. Er, Knieps, weise darauf hin, dass es ausreiche, wenn die kommunalen Spitzenverbände Gelegenheit zu einer schriftlichen Stellungnahme hätten.

Thomas Eiskirch (SPD) teilt mit, seine Fraktion werde gemäß Paragraph 56 der Geschäftsordnung des Landtags eine Anhörung beantragen. Die mitberatenden Ausschüsse sollten darüber informiert werden. Bis zur nächsten Ausschusssitzung hätten sie Gelegenheit, Vorschläge zum Fragenkatalog und Kreis der Anzuhörenden einzureichen. In der Sitzung am 17. Januar 2007 solle der hiesige Ausschuss dann formal beschließen.

Josef Hovenjürgen (CDU) stimmt dem zu und zeigt sich namens seiner Fraktion überzeugt, die Anhörung werde ergeben, dass die Zusammenfassung des Ruhrgebiets als ein einheitliches Planungsgebiet positiv begrüßt werde.

Reiner Priggen (GRÜNE) und **Dietmar Brockes (FDP)** schließen sich namens ihrer Fraktionen dem Vorschlag auf Durchführung einer Anhörung an.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, in der kommenden Woche am Rande des Plenums im Kreise der Obleute die Planungen zu vertiefen. - Den formalen Beschluss wird der Ausschuss in seiner Sitzung am 17. Januar 2007 fassen.

8 Strukturpolitik für den Niederrhein

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2869

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2869 sei durch Plenarbeschluss vom 15. November 2006 an den AWME zur Federführung sowie an den Hauptausschuss und den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Mitberatung überwiesen worden. Der hiesige Ausschuss berate heute erstmalig über den Antrag und solle sich über sein weiteres Beratungsverfahren verständigen. Die Frist zur Abgabe eines Votums durch Die mitberatenden Ausschüsse ende am 31. Januar 2007.

Der Antrag seiner Fraktion, so **Thomas Eiskirch (SPD),** stelle auf das Moment ab, was man zur Stabilisierung der Region tun könne und welche Möglichkeiten zur Verfügung stünden. Für sektorale und lokale Verwerfungen könnten bestimmte Teile des Ziel-2-Programms reserviert werden. Eine entsprechende Konzeption der Landesregierung sei wünschenswert. Die Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, private Dritte an der Kofinanzierung zu beteiligen. Eine ganz besondere Verantwortung komme der Firma Siemens zu, sich an einer positiven Strukturentwicklung am Niederrhein zu beteiligen.